

# NZZ am Sonntag

## Flüchtlinge

Einfach nur abschotten funktioniert nicht

Wer Werte und Gesetze des Gastlandes missachtet, hat sein Recht auf Asyl verwirkt. Darum war die ungewöhnlich harte Reaktion Spaniens diese Woche absolut richtig: Mehr als 100 Westafrikaner hatten sich mit Gewalt den Weg nach Europa gebahnt, den Grenzzaun in der Enklave Ceuta überwunden und dabei die spanischen Polizisten mit Wurfgeschossen und Säure angegriffen. Die Behörden schafften die Männer in einem Rekordtempo von 24 Stunden wieder nach Marokko zurück und sandten damit eine angemessene Botschaft. Allerdings müssen sich Spanien und Europa auch eingestehen, dass sie die Gewalteskalation in Kauf genommen haben. Denn Europas Flüchtlingspolitik tendiert stark zur Abschottung. Das zeigt sich am sechs Meter hohen Zaun Ceutas besonders drastisch. Solange es keine anderen Möglichkeiten gibt, legal nach Europa zu gelangen, setzt ein solcher Zaun perverse Anreize. Am Ende kommen nämlich nicht diejenigen, die wirklich Schutz brauchen. Oder die sich gerne und gut integrieren würden. Sondern nur diejenigen, die besonders rücksichtslos und gewaltbereit sind. Die Lösung kann darum weder darin liegen, den Zaun zu erhöhen, noch darin, ihn abzubauen. Europa muss vielmehr Türen einbauen, indem es denjenigen, die es verdienen, Hand bietet für eine legale Migration. *Matthias Knecht*

## Eigenmietwert

Verzerrende Steuern sind abzuschaffen

Wer in der Schweiz ein Haus oder eine Wohnung besitzt, muss Einkommen versteuern, ohne dass er arbeitet: Der Fiskus besteuert den sogenannten Eigenmietwert. Er entspricht dem Betrag, den ein Mieter für das Haus entrichten müsste. Weil die Immobilienpreise in letzter Zeit gestiegen sind, haben die Behörden vielerorts höhere Eigenmietwerte verordnet. National werden so 2 bis 3 Milliarden Franken Steuern eingenommen. Jeder Hauseigentümer versucht daher, den Eigenmietwert zu kompensieren, indem er hohe Unterhaltskosten und Hypothekenzinsen auflistet. Diese darf er vom Einkommen abziehen. Das führt zu ungewollten Verzerrungen: Schweizer Haushalte sind übermässig stark verschuldet, die Hypotheken summieren sich auf über 1000 Milliarden Franken. Es ist sinnvoll, sowohl den Eigenmietwert als auch die Abzüge für Zins und die meisten Unterhaltskosten zu streichen, wie die ständerätliche Kommission diese Woche vorgeschlagen hat. Widerstand ist zu erwarten: Die Banken werden im Zinsgeschäft weniger verdienen, die Handwerker befürchten weniger Aufträge, die Kantone können neue Abzugsmöglichkeiten einführen. Der 1934 eingeführte Eigenmietwert ist ein zäher Gesell, doch er hat seine Zeit überlebt. *Daniel Hug*

## Fussballstadion

Zürichs wirre Partei

Der von der SP dominierte Zürcher Stadtrat bringt im November die Vorlage für ein privat finanziertes Fussballstadion an die Urne. Gleichzeitig haben die Stadtzürcher SP-Delegierten diese Woche deutlich beschlossen, das Projekt mit einer Volksinitiative frontal anzugreifen. Die stärkste Partei Zürichs ist also gleichzeitig für das Stadionprojekt und gegen das Stadionprojekt. Die Partei verspricht ganz unverdrossen allen alles - und auch das Gegenteil davon. Ist das ein Fall von besonders raffiniertem Politmarketing für dialektisch geschulte SP-Wähler? Koni Loepfe, der langjährige Präsident der Stadtzürcher SP, bewertet das Agieren der Linken in der Stadt anders. «Inhaltlich etwas wirr», findet er es. Dem Mann ist vorbehaltlos beizupflichten. *Thomas Isler*

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Die zwei Agrarinitiativen pflegen auch unseren Chauvinismus

Die Agrarvorlagen, über die wir am 23. September abstimmen, gehen von einer Welt aus, die funktioniert wie im Globi-Buch – oder wie in den Klischees linker Geografielehrer, **schreibt Philipp Aerni**

Als ich zwölf Jahre alt war, spendete ich den Geldbetrag, den ich an Weihnachten von Verwandten als Geschenk erhalten hatte, einer Entwicklungshilfeorganisation, in der Hoffnung, dass diese den Schaden, den wir im Süden durch die Expansion unseres kapitalistischen Systems anrichten, wiedergutmacht. Inspiriert wurde ich zu diesem Entscheid von meinem damaligen Primarschullehrer. Er war Mitglied der POCH (Progressive Partei Schweiz), einer Partei links der SP, und was er erzählte, klang sehr überzeugend. Diese Überzeugung - zu wissen, woran die Welt krank und wie sie genesen könnte - bewegte mich, Geografie zu studieren. Ich befand mich dort unter Gleichgesinnten. Die Studierenden und die Professoren prangerten den Kapitalismus als Ausbeutungssystem an und untermauerten ihre Thesen mit den damals populären Theorien des Neomarxismus und des Strukturalismus. Der Feind waren die Multis und der böse Hegemon USA. Als ich dann aber meine Diplomarbeit zum Verschuldungsproblem von Kleinbauern in Guatemala Mitte der neunziger Jahre schrieb, musste ich in meiner Feldforschung schmerzhaft feststellen, dass die Welt komplizierter ist.

Obwohl sich inzwischen in der Forschung die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass eine Kooperation mit dem Privatsektor langfristig bessere Resultate für die lokale Umwelt und Gesellschaft in Entwicklungsländern erzielt als klassische Entwicklungszusammenarbeit, verharret die öffentliche Nachhaltigkeitsdiskussion in der Schweiz in den alten Schwarz-Weiss-Denkschemata. Die Popularität der beiden Initiativen zu «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» bestätigt dies. Beide implizieren, dass Agrarhandel eigentlich unfair ist, ausser es handle sich um Bio- und Fair-Trade-Produkte, die von der Schweiz subventioniert und zertifiziert wurden. Darin steckt auch ein gehöriger Schuss nationaler Chauvinismus, der indirekt Wissen vor Ort entwertet; denn nur

was von uns kommt, kann nachhaltig sein. Was hingegen herkömmlich produzierende, lokale Bauern wissen, ist für die Zertifizierung irrelevant. Das führt auch dazu, dass die Fair-Trade- und Biobetriebe in Entwicklungsländern kaum einen Bezug zur lokalen Wirtschaft haben, denn produziert wird nicht für die lokale Bevölkerung, sondern für die wohlhabenden Schweizer.

Die Fair-Food-Initiative mag zwar gut klingen, doch die Widersprüche werden offensichtlich, wenn es konkret wird. Die Welt funktioniert nun einmal nicht so, wie sie im Globi-Buch - und allzu oft auch im Geografieunterricht - beschrieben wird. Die Kleinbäuerin in Afrika als stolze Ernährerin der Welt, die ihre traditionellen Praktiken mit Biolandbaumethoden verbessert und sich dadurch die schädliche Agroindustrie vom Leibe hält, ist zu einer Projektion des Westens geworden. Sie stammt aus der Wohlgefühlwerbung von Detailhändlern und Hilfsorganisationen. Tatsache ist, dass die meis-

ten Kleinbäuerinnen Afrikas nicht in den kapitalintensiven und gut erschlossenen Biobetrieben zu finden sind, sondern auf einem entfernten Kleinstbetrieb ein prekäres Dasein führen. Sie schaffen es trotz harter Arbeit kaum, ihre eigenen Kinder zu ernähren, geschweige denn, die Nachfrage in den wachsenden Städten zu befriedigen; denn das Problem ist nicht der Markt, sondern der Mangel an Marktintegration. Ihre Arbeit auf dem Land empfinden Kleinbauernfamilien daher keineswegs als einen freigestellten Lebensstil, sondern als hartes Schicksal. Sie mögen zwar dankbar die agrarökologischen Methoden von westlichen NGO übernehmen, doch langfristig ändert dies nichts an der Tatsache, dass ihre Kinder keine Zukunft auf dem zu kleinen Hof haben. Die Präsenz eines ausländischen Multis sehen sie daher wohl eher als Chance, insbesondere, wenn er sich an die Nachhaltigkeitsstandards der Branche hält, wichtige lokale Jobs schafft und wertvolles Know-how für eine kommerzielle Landwirtschaft bringt.

Die zweite ebenso populäre Agrarvorlage zur «Ernährungssouveränität» operiert ebenso mit einem Wunschbild - dem einer autarken Landwirtschaft. Ein hochvernetztes und innovatives Land wie die Schweiz lässt sich aber nicht einfach zurück ins Mittelalter katapultieren, als die Autarkie des Feudalgutes noch im Zentrum stand.

Aber wer interessiert sich wirklich dafür, was «Fair Food» oder «Ernährungssouveränität» im konkreten Kontext bedeutet? Es handelt sich hier eher um rhetorische Hülsen, die dem Wähler, Spender oder Konsumenten signalisieren sollen, dass dahinter gute Absichten stehen. Die hatte ich damals auch als Zwölfjähriger. Die Weihnachtsgeschichte des besorgten Teenagers gäbe noch heute eine gute Story in der «Schweizer Familie» oder der «Schweizer Illustrierten» her. Ja, sie könnte dem Jüngling später gar den Einstieg in die Politik ebnen; denn wer kann schon gegen Jungpolitiker sein, die noch Herz und Idealismus haben?

## Philipp Aerni



Philipp Aerni, 48, ist Direktor des Zentrums für Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit (CCRS) an der Universität Zürich. Zuvor arbeitete er promovierte Agrarökonom bei der Uno-Welternährungsorganisation in Rom und half unter anderem mit, das African Technology Development Forum zu gründen.